

Arbeiter-Zeitung

Anzeigenpreis: Die 10 gespaltene Zeilenzeile oder deren Raum...

Organ der KPD., Bezirk Schlesien

Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet).

Bezugspreis: Im Abonnement bei monatlich 3 Malen...

7. Jahrgang.

Donnerstag, 14. Mai 1925

Nummer 106

Hindenburg — und was nun?

m. z. Breslau, 14. Mai.

Wenn der achtundsechzigjährige Hindenburg die Hochflut der Besuche und Begrüßungsreden überstanden hat, dann wird er sich nicht in seinen Kollstuhl setzen, um bei Betrachtung des Klempnerladens aus „großer Zeit“ seinen Lebensabend in Ruhe zu genießen.

Der triumphierende Einzug Hindenburgs in das Amt Eberts bedeutet also nicht den letzten Schritt der monarchistischen Reaktion.

Und so steht noch immer auf der Tagesordnung die Frage: Kampf gegen die monarchistische Reaktion. Nicht ein Kampf gegen einen Gegner, der bereits restlos gestezt hat, sondern der seinen Sieg noch zu vollenden und auszumünzen versucht.

Stünde dem Hindenburgblod allein die kommunistische Partei, die Partei des revolutionären Proletariats, das Sammelbeden aller Klassenkampfemente, entgegen, so wäre die Lage einfach.

Die Volksblodillusionen sind heute noch unerlöschter! Manen auch einige demokratische Arbeiter, einige Zentrumskämpfer, einige Kaiseroyalisten mit liegenden Namen ins Hindenburglager übergehen.

Denn jeder wirksame Kampf gegen Hindenburg, gegen die monarchistische Reaktion geht über die Diskreditierung, die Zertrümmerung dieses grandiosen Volksblodschwindsels.

Es ist klar, daß die Art dieses Kampfes sich ändert. Heute, da der Kapitalismus sich eine Atempause verschafft hat, da eine akute revolutionäre Situation nicht vorhanden ist, wird die Kampfform eine andere sein als etwa 1918.

Der Kern der Sache ist heute, daß wir den Volksblodentent keine billige wortradikale „Opposition“ gestatten dürfen, sondern sie jederzeit vor konkrete Taten stellen müssen.

Marterhöhle Moabit

Der Mord an Höfle — Ein schlesischer Dr. Thiele

Breslau, 14. Mai.

Der Höfle-Scandal erfährt jetzt sein grauenvolles Nachspiel.

Vor dem Höfle-Untersuchungsausschuss entpuppt sich ein schwarzes Kapitel der deutschen Rachejustiz mit ihrem brutalen Straßenspieler.

In der letzten Sitzung des Untersuchungsausschusses wurde Herr Dr. Thiele, Gefängnisarzt in Moabit, als Zeuge vernommen.

Dr. Thiele, der schon seit Jahren der einzige Arzt in der Gefängnisanstalt Moabit ist, versteht sein Handwerk mit nur wenigen Pflegern. So kommt auf 85-90 Strafgefangene, von denen 16-17 durchschnittlich schwerkrank sind, nur ein Pfleger.

Bereits einige Tage vor dem Tode Höfles war eine Verfallmümmelung in seinem Zustande eingetreten. Höfle hatte Schaum vor dem Munde

und der Pfleger mußte dauernd den Schweiß von der Stirn des Gefangenen wischen. Dr. Thiele bezeichnete diesen Zustand des Höfles für durchaus normal.

In der Todesnacht des Höfles befand sich Dr. Thiele in der

Anstalt, ohne sich um Höfle zu kümmern. Am Todesbette saßen nur die Gattin Höfles und ein Pfleger, die Zeugen des Todeskampfes wurden, und nichts weiter tun konnten, als die abnehmenden Pulschläge Höfles zu zählen.

Dr. Thiele stellte am nächsten Morgen den Tod „infolge Vergiftung“ fest. Im Untersuchungsausschuss wurde jedoch von Sachverständigen bestätigt, daß eine Vergiftung des Höfles nicht in Frage kommen konnte und die nachträgliche Obduktion auf seine Anhaltspunkte für eine eventuelle Vergiftung ergab.

Der kommunistische Abgeordnete Hoffmann ließ ferner feststellen, daß Dr. Thiele einige Stunden nach dem Tode Höfles zu anderen Gefangenen ging, um sie dahingehend zu beeinflussen, ein gutes Zeugnis über seine Tätigkeit auszustellen.

Zu erwähnen ist noch, daß der Dr. Thiele der ärztliche Sachverständige im Höfle-Prozess war, der bei dem pathologischen Neumann feststellte, daß er gesund und glaubwürdig sei.

Da auf die Auslagen des pathologischen Neumann hin in Leipzig drei Todesurteile gefällt worden sind, so kommen auch diese auf das Konto des reaktionären Dr. Thiele des Volksgewissens der deutschen Klassenjustiz.

Wir berichteten schon mehrmals über die schlesischen Gefängnisverhältnisse und über die Tätigkeit des Medizinalrates Dr. Thiele in der Breslauer „Graue“. Unsere Entwürfe haben die schlesischen Behörden noch nicht eingreifen lassen und so werden wir unser Material der kommunistischen Scandaltagskation zur Verfügung stellen.

Thiele beurteilt

Breslau, 14. Mai.

Der Gefängnisarzt Dr. Thiele, dem die Behandlung Dr. Höfles oblag, ist, wie die „Germania“ hört, einstweilen beurteilt worden.

dazu nicht seit sieben Jahren Gelegenheit? Gewiß! Wir vergessen nur zu leicht, daß es auch schon Situationen gegeben hat, wo selbst die Millionen, die heute hinter Marx und Hindenburg stehen, ins Schwanken gerieten (1923!).

Das ist der Sinn der sogenannten „Mandvertaktik“ der kommunistischen Partei. Den Mittelweg zu finden zwischen der feigen, grundtastlosen, verderblichen Anpassungstaktik des Opportunismus und der unruhigen, jehinthalen Starrheit des überrevolutionären Sektierertums.

Vom Tage.

Ein kommunistischer Demonstrationstag in Berlin ist beschlossene schwarz-weiß-rote Fahnen ab, worauf die Polizei des Herrn Sebering verschiedene Demonstrationen festnahm.

Der Stellvertreter des Reichsbahndirektor Dejer hatte mit dem Reichspräsidenten Hindenburg eine Unterredung. Hindenburg ging mit der Auffassung des Davesvertreterers einig, wonach nunmehr weiterer Personalabbau bei der Reichsbahn erfolgen soll.

Julius Barmat wird nunmehr nach St. Pauli einer Kaution von 200 000 Goldmark aus der Haft entlassen. Einige linksstehende Parlamentarier werden für ihn bürgen.

Der tschechische Polizeipräsident Vochner ist nach den Angaben seiner Frau nicht durch ein Autounfall getötet, sondern das Opfer eines Fehmmergerichts geworden.

Die englische Labour-Partei (Arbeiterpartei) hat beschlossen, eine Deputation zur Prüfung der russischen Verhältnisse zu entsenden.

Die streikenden Metallarbeiter für Weiterführung des Kampfes

Von 323 Streikenden 303 gegen den Spruch des Schiedsgerichts

Breslau, 14. Mai.

Gestern nachmittag fand die von uns angekündigte Abstimmung der streikenden Breslauer Metallarbeiter über den vor einigen Tagen gefällten Spruch des Schiedsgerichtes statt. Von 323 abstimmberechtigten Streikenden stimmten 303 gegen das Ergebnis des Schiedsgerichtes und somit für Weiterführung des Streikes und nur 19 für Annahme des Schiedsgerichtspruches.

Für die einzelnen Arbeiterkategorien sah das Ergebnis folgendermaßen aus:

Metallarbeiter und Kupferschmiede: 120 für, 13 gegen Weiterführung des Kampfes.
Sohlarbeiter: 139 für, 6 gegen.
Maler: 44 für, keiner gegen.

Dies Ergebnis werden die Unternehmer sich nicht haben träumen lassen. Zeigt es doch, mit welcher Energie die streikenden Metallarbeiter hinter ihren Forderungen stehen. Sie wollen keinen halben Sieg, der eine halbe Niederlage bedeuten würde.

Gestern abend fand eine überfüllte Generalversammlung der Mitglieder des DMB statt. Der erste Bevollmächtigte Ziegler hielt einen Vortrag über die wirtschaftliche Lage und die Aufgaben der Organisation. Kollege Ruffert gab den Massenbericht. Nach dem die Wahl der Delegierten zum Gewerkschaftskongress stattgefunden hatte, gab Ziegler das obige Ergebnis der Abstimmung der Streikenden bekannt, das mit förmlichem Beifall begrüßt wurde.

Der sozialdemokratische Marsch zu Hindenburg

Breslau, 13. Mai.

Im Anhaltischen Landtag hielt heute der sozialdemokratische Präsident Neus folgende Ansprache:

„In Berlin von Hindenburg tritt ein Mann an die Spitze des Deutschen Volkes, der mit seinem ganzen Denken und Willen in der Vergangenheit seines Volkes wurzelt. Er ist von einem Teil des Volkes gewählt. Der andere Teil hat das Amt einem anderen Manne zugeeignet. Nun aber, da die Wahl vorbei ist, gilt Herr von Hindenburg als unser aller Führer. Wir vertrauen, daß der Mann, der im schwersten Kampfe der Weltgeschichte die Millionen Streikkräfte des deutschen Volkes in der schlimmsten Not fest zusammengehalten hat, sich mit der ganzen Festigkeit seiner Persönlichkeit für unsere Freiheit und für unseren Frieden einsetzen wird. Wir brauchen den Frieden mit der ganzen uns umgebenden Welt, auch mit unseren Feinden. Aber wir wollen einen ehrenvollen Frieden, der auf dem gleichen Rechte aller Völker, also auch des deutschen Volkes, sich aufbaut. Wir sehnen es ab, unter dem Vorwurf zu leiden, daß wir an dem Kriege mehr schuldig seien als die anderen oder wohl gar die allein Schuldigen seien. Denn wenn gerade der Feldmarschall des Weltkrieges heute der Präsident der am Frieden ringenden Republik ist, so wird kein auf den Völkern Frieden gerichteter Vorkrieg ein umso stärkerer Beweis für den friedlichen Geist und die ehrenhafte Gesinnung des deutschen Volkes sein.“

*

Nach Nostes „Soch“ auf Hindenburg in Hannover folgt jetzt der Generalabmarsch der Sozialdemokraten zu Hindenburg.

Der angekündigte Kampf gegen den Mann, den man vor der Wahl als den Hindenburg des Weltkrieges, als den Feind der Republik, als den Hintertreiber jeder „Verständigung“ mit dem Ausland betrachtete, ist ausgeblieben und nun beginnt nach die Neuorientierung auf dem bekannten Boden der „realen Tatsachen“.

Obwohl Hindenburg den Eid auf die Verfassung ab, derselbe Eide, der noch einige Tage vor der Wahl erlassen: „Hindenburg ist die größte Gefahr für die Republik.“

Auch die Breslauer „Volkswacht“ ist froher Hoffnung. Im Leitartikel der politischen Redaktion schreibt sie:

„Das selbst Hindenburg so irren mußte, zeigt, wie hart trotz dieser letzten Wahl die junge Republik unter Ebert bereits geworden ist.“

Ein Satz in der Schlußzeile dieser Worte, der den Arbeitern versprochen wird, daß der Sieg Hindenburgs seiner monarchistischen Generale und seiner imperialistischen Freunde ein Beweis für die Stärke der jungen Republik sei.

Nach der Logik des Herrn Birbaum in die Republik noch weiter geführt, wenn auch in Berlin die Braun und Sauerling den Freunden Hindenburgs Platz machen.

Unter den Gesichtspunkten des unterwürfigen Birbaum versteht man auch das „Soch“ und den Handdruck des Parteimeisters Nostes, von dem die „Volkswacht“ aus Scham vor den Arbeitern vor einem „hochgehaltenen künstlichen republikanischen“ weicht.

Und man versteht endlich, daß die „Volkswachtredaktion“ um Hindenburg bei den Bürgern im Bewußtsein zu machen, das Gleiche Hindenburgs um „Gottes Bittens“ in seiner Antwort an Paul Löbe unterstellt.

Obwohl Hindenburg der Sozialdemokrat mit Hindenburg, der Monarchist. Die beiden Säulen der Republik bezeichnen die Maßnahmen der ersten Sitzungsperiode der Kommunisten.

Wann wird Löbe, Nostes und Wels im Großen Hauptquartier tafeln?

Und die Besucher an den sozialdemokratischen Zeitungen als Kriegsberichterstatter wieder Hindenburg als den größten Deutschen feiern?

Neuer Hungerstreik der Hamburger Helden

(Eigener Drahtbericht.)

Hamburg, 14. Mai.

Seit vier Tagen stehen in der Festung Fuhlsbüttel die im Urbahn-Prozess verurteilten Genossen Urbahn, Schaible, Jensen, Frenke im abermaligen Hungerstreik. Ihnen ist von dem Justizsenator Neubede jeder Urlaub verweigert worden, obwohl Frau und Kinder mehrerer Genossen schwer krank sind, obwohl einer der Genossen seinen Ehefrauungsprozess durchzuführen muß, obwohl die Frau eines anderen Genossen jetzt ihre langjährige Festungstrafe antreten muß. — Dem Hungerstreik haben sich die Genossen Knöpfel und Günther angeschlossen, die nicht im Urbahnprozess verurteilt, sondern Opfer des Soch's Selbiger sind! — Die übrigen Festungsgangenen haben eine Resolution angenommen, in der den Streikenden ihre vollste Sympathie versichert wird und in der sie gelobt, daß auch sie in den Hungerstreik treten würden, falls die Genossen in ihrem Kampf zur Erlangung ihrer Rechte nichts erreichen.

Sozialdemokraten verteidigen die Zuchthausmilitär

Im Preussischen Landtag hielt der Finanzminister Höpker-Kischoff zur Einbringung des Etats eine zweistündige Rede, in der er die einzelnen Steuerpläne und Steuerreformen der Koalitionregierung darlegte. Seine Ausführungen gipfelten darin, daß die Bewegungsfreiheit für Steuern und Kommunen vom Reich außerordentlich eingeschränkt seien und daß andererseits gerade der Preussische Staat um große Einnahmen durch die Gründung der Reichsbahn gekommen sei. Der demokratische Finanzminister suchte sich das Wohlwollen der rechten Seite des Hauses zu sichern, indem er ankündigte, daß der Reichstag nach Möglichkeit noch weiter geschont und an den vollen Einnahmen nichts geändert werden würde. Er mußte zugeben, daß der Preussische Staat außerordentliche Anwendungen für die Polizei machen muß. Dabei entschloß er sich, das Gerändnis, daß diese Anwendungen im Interesse der Durchführung des Lawessens notwendig seien. Die Aussprache über die Etatsrede wird am Dienstag erfolgen.

Das Haus trat sodann in die Beratung einiger kleinerer Vorlagen ein.

Sodann ermittelte der Sozialdemokrat Gehrmann einen Bericht über die Zustände in dem Festungsgefängnis Gollnow. Der Anlaß war eine kommunistische Interpellation gewesen, die sich auf die Beschwerden dort inhaftierter politischer Gefangener bezog. Der Sozialdemokrat hatte die Zustände in Gollnow als durchaus in Ordnung befindlich festzustellen. Lediglich über das Fehlen des Essens bei von einigen Gefangenen Beschwerde erhoben (Gelächter bei den Kommunisten).

Genosse Bied insofern ist diese „objektive“ Berichterstattung gründlich vor. Zunächst nagelte er die Art und Weise, wie sich der sozialdemokratische Redner über den „Zustrom“ in Gollnow lustig gemacht hat. Der kommunistische Redner brandmarkte die Art der Festungsgangenen durch die verhängende Justiz, die die wenigen Freiheiten, Urlaub usw. gerade in Gollnow den Gefangenen vollkommen illusorisch macht.

Genosse Paul Hoffmann charakterisierte danach den sozialdemokratischen Berichtersteller, der bei einer Besichtigung des Zuchthaus von Rensburg von 100 Reichsgefangenen nur 14 in den Namen der Untersuchung einbezogen und nachdem lediglich 3 Gefangene vernommen waren, erklärte: „Nur ist es genug, wir haben keine Zeit mehr.“ Statt dessen beschlößte der Sozialdemokrat Gehrmann mit einem anderen sozialdemokratischen Abgeordneten die Schwereacht des Zuchthaus.

Der kommunistische Antrag auf Grund der Beschwerde, die Bestrafung der Schuldigen herbeizuführen, wurde von der gemeinsamen Front von Sozialdemokraten bis Deutschen nationalen abgelehnt.

Die Emminger Verordnung vor dem Rechtsauschuß!

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 14. Mai.

Im Rechtsauschuß des Reichstages stand heute die Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 erlassene sogenannte Emminger-Verordnung zur Debatte. Diese Verordnung, deren Idee und Hauptinhalt übrigens nach den heutigen Mitteilungen des preussischen Regierungsvorgängers gar nicht auf Herrn Emminger, sondern auf seinen Vorgänger, den sozialdemokratischen Justizminister Radbruch, zurückzuführen, hat bekanntlich auf dem unparlamentarischen und undemokratischen reinen Verordnungswege einige der wichtigsten Grundlagen des Rechtsstaates mit einem Federstrich beseitigt. Sie hat eine „legale“ Grundlage für jene „Schnellfeuerjustiz“ zu schaffen, die seitdem in einer, allem Rechtsgefühl höhnsprechenden Weise besonders gegen die revolutionären Proletarier in Deutschland gewendet hat. Angeheuer erweitert wurden die Nachbefugnisse des Einzelrichters. Er kann nach der Emminger-Verordnung Zuchthausstrafen bis zu 10 Jahren aussprechen. Das Legalitätsprinzip wurde beseitigt, und die Staatsanwaltschaft kann seitdem nach ihrem eigenem Belieben und nach den Weisungen ihrer hohen und höchsten Vorgesetzten eine Uebertretung oder selbst ein Vergehen verfolgen oder auch nicht verfolgen. Auch sonst ist die Macht der Staatsanwaltschaft ungeheuer verstärkt. Die Staatsanwaltschaft bestimmt die Zusammensetzung des Gerichts und damit indirekt zugleich über die Möglichkeiten des Rechtszuges an das Reichsgericht.

Jetzt ist nun die Frage erneut in Fluß gekommen, daß die mehr beziehende Tatsache, daß auf dem kürzlichen außerordentlichen Anwaltskongress die übergroße Mehrheit der deutschen Rechtsanwälte aller Parteirichtungen — mit einem Stimmenverhältnis von 1000 gegen 10 Stimmen — den durch die Emminger-Verordnung geschaffenen „Rechts“-Zustand für unerträglich erklärt und die schleunigste Beseitigung dieser Justizentartungen gefordert hat.

Die Sozialdemokraten hatten einen Antrag eingebracht, der die Wiederherstellung der Schwurgerichte und die Beseitigung noch einiger anderer von den „Schönheiten“ der Emminger-Verordnung verlangte. Die Kommunisten machen ganze Arbeit und beantragten kurzerhand die Aufhebung der Emminger-Verordnung. Dem schlossen sich nachträglich dann auch die sozialdemokratischen Ausschußmitglieder an, indem sie ihren ursprünglichen Antrag dementsprechend abänderten. In der Debatte traten nur Sozialdemokraten und Kommunisten für diese Anträge ein. Der Regierungsvorgänger und die bürgerlichen Parteien sprachen dagegen und die Verhandlungen wurden am Ende ergebnislos abgebrochen.

Für deutsch-russische Annäherung

(Eigener Drahtbericht.)

Berlin, 14. Mai.

Hier tagte gestern eine von dem Bund der „Freunde des neuen Rußlands“ einberufene Versammlung, auf der die Gattin des russischen Staatschefs, Genossin Kameneva einen ausführlichen Vortrag über die Notwendigkeit der wirtschaftlichen und kulturellen Annäherung zwischen Deutschland und Sowjetrußland hielt. Unter den Zuhörern befanden sich neben prominenten Persönlichkeiten von Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft auch der deutsche Botschafter in Moskau, Graf Brodorski-Ranhan und Vertreter des auswärtigen Amtes.

Der Vorsitzende des Gesellschaft der Freunde des neuen Rußlands, Herr Baron, schloß die Kundgebung mit einem Hoch auf die deutsch-russische Freundschaft, in das die Anwesenden einstimmten.

Der Sozialdemokratische Marsch zu Hindenburg

Roman aus dem Waldeburger Kohlenrevier

Von Willy Ursas

„Alle guten Dinge sind drei!“ sagte plötzlich Willy, und er sah zum zweiten Mal im Kopfschütteln gen Himmel. „Der Mann liebe ich nicht!“ Lospie Gramma ihm auf die Schulter. „Sollen wir zurück auf den Berg Jettern?“ überlegte unglücklich Willy. „Nein, so weit laufe ich nicht mehr. Hier in der Karte-höhle der Eichenrinde wird aus jetzt in der Nacht niemand hören.“ Eine Viertelstunde später trennten sie sich mit dem Bescheid, den nächsten Sonntag wieder zusammen zu werden. Als am Montag die Freunde Willy und Julius sich trafen, da erzählten sie einander ihre Abenteuerlust und wiederholten mit einem gewissen Stolz die Worte: „Nur, das ist etwas für uns!“

XXIV.

Im Lager.

Am Sonntagabend ging Willy zum Arzt und dann auf die Grube, um seine Krankheit anzusehen. „Was fehlt Ihnen?“ fragte der Styrger. Es war nicht seine Pflicht, diese Frage zu stellen, leider ist die Krankheit stärker als der Mensch. „Krankheitsanbahnung“, gab Willy ohne mit der Wimper zu zucken antwort. „Da werden Sie mich bald umschmeißen?“ „Krank werden kann man nicht umschmeißen“, sagte er und schüttelte den Kopf. „Willy und Sie haben schon Willy und Sie haben schon im Styrger Zweifel über die Art Ihrer Krankheit geäußert.“ Als die Mutter erfuhr, daß er ins Lager war, schickte sie die Hände zu waschen und sagte, trotz ihrer Angst, haben Sie und Sie sind. „So langsam es, wenn man beim Tanzen tanzt, lasses Bier trinkt und unbewusst in die letzte Post hineingibt.“ Sie war wie so langsam und erfuhr mit der Styrger und glaubte an die Krankheitsanbahnung. Erster aber ging ihr

noch ein kleines Pöhlchen an, als Willy kurz vor dem Abschied lechzte. „Ein anderer außer dir und dem Vater braucht mich nicht zu besuchen.“ „Weshalb?“ forschte sie. „Es will ich niemanden sehen.“ Die Worte sollten höher und selbstbewußt klingen, klangen aber doch verlegen. Da begriff die Mutter, was ihrem Sohne fehlte; sichtbar litt sie nicht darunter als er, wenn man nach dem geübten „Ja, ja!“ urteilen sollte, welches sie hervorrief. Doch schürzte sie in ihrer Stimme weniger die Trauer um die verlorene Gesundheit, sondern mehr und alle andern Gefühle zurückdrängend, die Angst vor der Schande, wenn es die andern erfahren sollten. „Soll ich keinen Kollegen von deiner Krankheit etwas erzählen?“ forschte sie, atmete erleichtert auf, als Willy es versuchte, und erwiderte: „So ist es auch nicht. Wenn es nur einer erfährt, so wird das ganze Dorf davon unterrichtet. Diese Schande!“ Wohl machte Willy ein gleichgültiges und überlegenes Gesicht zu den Reden der Mutter, aber die Meinung des Vorgesetzten war ihm doch nicht gleichgültig und er war froh, als das Ober-Herrnhaus endlich hinter dem Berge verschwand war, er in Nieder-Herrnhaus ankam und auf die Elektrische steigen konnte, um nach dem Lager zu fahren. Der Postler im Lager nahm den ihm entgegengetretenen Heberzeugungsglauben des Arztes, las ihn aufmerksam durch und fragte: „Weshalb kommen Sie sagen sich einer Krankheit ins Lager? Die andern heißen diese Krankheit zu Hause, ohne die Arbeit auf der Grube zu unterbrechen.“ Der Arzt meinte, es wäre zu jung, um seine Anweisungen ohne jemand Hilfe verstehen und ausführen zu können“, antwortete Willy. „Wie oft hat Sie krank?“ „Sehr oft.“ „Nur wenig der Postler, redete seinen Kopf zur Heberzeugung hinaus und betrachtete Willy prüfend von oben bis unten. „Ja, ja! die Jugend von heute!“ brummte er und schickte am Telefon, um den zuständigen Stellen des Unternehmens etwas mehr Patienten zu melden. „Schade, und unerschrocken trat Willy eine halbe Stunde

früher in das ihm gewiesene Krankenzimmer des abseits in dem Garten liegenden Infektionsgebäudes ein. Die großen nach dem Süden gerichteten Fenster und die blendend weißen Wände verliehen dem Raum ein freies und einladendes Aussehen. Die Einrichtung bestand in fünf symmetrisch aufgestellten Betten, fünf dazu gehörenden Nachtschischen, einem einfachen Tisch, fünf Stühlen und einem Waschtisch. Um den Tisch saßen vier Männer in der weißen gestreiften Krankensleidung und spielten leidenschaftlich „Mensch, ärgere dich nicht“. Drei von ihnen waren noch jung und nur der vierte vertieft durch seine Gesichtszüge und Körperhaltung ein ehrwürdiges Alter von etwa fünf- undzwanzig Jahren. Alle vier waren sie Bergmann. Von den jungen stammte der unglücklich lange Fritz Armin aus Wittersbach, der nur um etwa längere Joseph Stöger aus Wehlstein, und der kleine, dafür aber dicke Alfred Nier — aus Altwasser. Wie der alte hieß und wo er wohnte, war nicht festzustellen; er schämte sich seiner Krankheit und schweig beharrlich von seinen Privatangelegenheiten. „Sofort!“ mit diesem einen fragenden Wort begrüßte der lange Fritz den ihm hochfremden Willy. „Nein, erst Trupper, weiter habe ich es noch nicht gebracht!“ antwortete Willy, die Antwort im Tonfall der Frage haltend. Die Spieler hielten das Rollen des Würfels ein, blühten auf und der dicke Alfred sagte: „Du bist noch jung und fängt erst an; im Laufe der Zeit wirst du es gewiß auch zu einer Sophias bringen.“ „Aber selbstverständlich! was nicht ist, das kann noch werden!“ gab Willy zurück. Es schmeichelte ihm unglücklich, von diesen in seinen Augen weiterprobieren Männern als Gleichberechtigter zu werden. „Du meinst ein gewedter Butche zu sein!“ sprach lobend der lange Fritz und forderte ihn auf: „Nun wähl! sei Ritter in der Ritterburg! horst du dein Bett!“ Dabei wies er auf das noch freie Bett. Das Spiel ging weiter, Willy schritt zu seinem Bett, legte den Spiegel mit Kamm und die Zigarettenbox auf das Nachtschisch, betrachtete, ohne etwas zu verstehen, die Sicherheit an dem Bett seines Nachbarn, sah zum Fenster in den Garten hinaus, zündete eine Zigarette an, trat dann zum Tisch der Spieler und verfolgte das Rollen des Würfels und den Fortgang des Spiels.

(Fortsetzung folgt.)

Gewerkschaft

Gewerkschaftliche Aufgaben der revolutionären Betriebsräte

Was lehren die Wirtschaftskämpfe?

Jeder Betriebsrat und Gewerkschaftsfunktionär hat in den letzten Monaten sicherlich gehört oder gelesen, daß der Gewerkschaftsführer Soundso auf die Forderung nach einem ernsthaften Kampf um den Achtstundentag oder um eine wirkliche Lohn-erhöhung antwortete, daß das u. a. unmöglich sei, weil die Zahl der gewerkschaftlich unorganisierten zu groß sei. Der Gewerkschaftsführer sagt gewöhnlich hinzu, daß die Gewerkschaften keine Garantie hätten, daß diese gewerkschaftlich unorganisierten Arbeiter den Streik mitmachen, bzw. ihn durchhalten. Vielleicht sagt er noch hinzu, daß in der Zukunft der großen Zahl der gewerkschaftlich unorganisierten der Mangel an Kampfwillen bei großen Teilen der Belegschaft zum Ausdruck komme.

Die sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer sagen das alles meistens nur als laule Ausrede, die ihren Mangel an Kampfwillen verdecken sollen. Aber wir wären Narren, wollten wir deshalb etwa übersehen, daß tatsächlich die große Zahl der gewerkschaftlich unorganisierten in vielen Industriezweigen und für die gesamte Arbeiterbewegung eine schwere Gefahr darstellt. Die Abstimmungen bei den Betriebsarbeiten sowohl im Frühjahr 1924 als im Herbst 1924 über Annahme oder Ablehnung eines Schiedspruches wurden getrennt für die organisierten und unorganisierten Arbeiter durchgeführt. Dabei zeigte sich in beiden Fällen, daß die unorganisierten in viel größerem Prozentsatz als die organisierten Arbeiter gegen den Kampf stimmten. Auch die letzte Eisenbahnerbewegung hat gezeigt, welche Gefahr die Unorganisierten als Streikbrecher darstellen. Ebenso liegt es natürlich in den anderen Industriezweigen bei den Unorganisierten aus. Niemand kann auch die Tatsache bestreiten, daß eine große Zahl gewerkschaftlich unorganisierter die Kampfkraft der Gewerkschaften schwächt. Jeder Betriebsrat weiß auch sehr gut, daß er auf den Unternehmer einen viel stärkeren Druck ausüben kann, wenn

die gesamte Belegschaft gewerkschaftlich organisiert ist und nicht nur 60 oder 50 oder 40 oder gar nur 30 Prozent. Die Überwindung dieses Zustandes mit dem Ziel, in allen Industriezweigen und Betrieben alle Belegschaften ganz in die Gewerkschaften hineinzubringen, ist deshalb eine wichtige Aufgabe. Ihre Durchführung ist auch ein wichtiger Schritt zur Enttarnung der sozialdemokratischen und christlichen Gewerkschaftsführer, welchen dadurch eine wichtige Aufgabe genommen wird.

Bei diesen Aufgaben müssen die revolutionären Betriebsräte die größte Initiative entwickeln, denn von ihnen hängt es in den meisten Fällen am stärksten ab, ob im Betrieb wirklich eine großzügige und energische Arbeit zur Organisierung aller Arbeiter in den Gewerkschaften geleistet wird. Die revolutionären Betriebsräte haben bei der Durchführung dieses Feldzuges gegen die gewerkschaftliche Indifferenz die Stellung insofern zu übernehmen, als sie dafür sorgen müssen, daß in jedem Betriebe eine Kampagne zur Organisierung aller Arbeiter in den Gewerkschaften von den Gewerkschaftsfunktionären durchgeführt wird. Die revolutionären Betriebsräte müssen als Gewerkschaftsfunktionäre sich nicht nur an dieser Arbeit beteiligen, sondern ihre Organisierung in jedem Betrieb in die Hand nehmen.

Im engsten Zusammenhang mit dieser Arbeit steht die Aufgabe des Aufbaues und Ausbaues des gewerkschaftlichen Funktionärapparates in den Betrieben. Auch hierbei müssen die revolutionären Betriebsräte als die aktivsten Gewerkschaftsfunktionäre im Betrieb auftreten und für die Durchführung dieser Aufgabe sorgen. Aufgabe der revolutionären Kollegen ist es, jede gewerkschaftliche Funktion zu übernehmen und sie aktiv auszuüben. Die Erfahrungen aller gewerkschaftlichen Kämpfe haben gezeigt, von welcher Bedeutung der gewerkschaftliche Funktionärapparat in den Betrieben ist. Nur wenn die revolutionäre Arbeiterschaft es versteht, von den Betrieben aus den Funktionärapparat der Gewerkschaften zu erobern, wird der Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer gebrochen werden. Nur auf diesem Wege können die Gewerkschaften zu revolutionären Kampforganisationen werden, die ohne Rücksicht auf die Interessen der Bourgeoisie für die Interessen der wertvollsten Massen kämpfen. Nur so ist es auch möglich, schon jetzt auf die Lohn- und Arbeitszeitbewegungen in den einzelnen Gewerkschaften einen größeren Einfluß zu gewinnen.

Die revolutionären Betriebsräte müssen auch zur Durchführung dieser Aufgabe in allen Betrieben die Initiative ergreifen. Dazu gehört auch die Bildung der Einheitsfrontkomitees für den Kampf um die gewerkschaftliche Einheit in den Betrieben.

II.

Bei dieser Frage kommt noch etwas anderes in Betracht. Es ist im „Arbeiter“ an Hand der Tatsachen des öfteren gezeigt worden, wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bemüht sind, den Einfluß der Betriebsräte auf die Entscheidungen in den Gewerkschaften, besonders bei den Lohn- und Arbeitszeitbewegungen, auszuschalten. Die Betriebsräte wissen selbst, wie die Gewerkschaftsführer im Laufe des letzten Jahres auch die letzten Reste einer gewerkschaftlichen Zusammenfassung der Betriebsräte vernichtet haben. Die freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen existieren nicht mehr, oder höchstens auf dem Papier. Wollen die Betriebsräte ihre Aufgaben als Vertreter der Belegschaften wirklich erfüllen, dann müssen sie einen Kampf führen zur Eroberung eines entscheidenden Einflusses bei allen Entscheidungen in den Gewerkschaften. Sie müssen kämpfen für die Wiedererrichtung der örtlichen freigewerkschaftlichen Betriebsrätezentralen und für das regelmäßige Stattfinden freigewerkschaftlicher Betriebsräteversammlungen, welche zu allen Fragen des Tageskampfes der Arbeiterklasse Stellung nehmen können.

Dieser Kampf können die Betriebsräte jedoch nur dann mit Erfolg durchführen, wenn sie in den Betrieben sich als die aktivsten gewerkschaftlichen Funktionäre betätigen. Sie dürfen nicht vergessen, daß sie neben Vertretern der Gesamtbelegschaft auch die wichtigsten gewerkschaftlichen Funktionäre im Betriebe sind. Wenn sie sich als solche in den Betrieben betätigen, wenn sie dafür sorgen, daß alle Arbeiter des Betriebes in den Gewerkschaften organisiert sind, und wenn sie dafür sorgen, daß der gewerkschaftliche Funktionärapparat des Betriebes sich aus kampfwilligen revolutionären Genossen zusammensetzt, dann werden sie auch ihren Einfluß in den Gewerkschaften verstärken. Gestützt auf die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben, werden die revolutionären Betriebsräte zu den leitenden Funktionären in den Gewerkschaften.

Völkische Betriebsratswahlpropaganda

Eisenbahnerzeitung Eisenw.

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

Am 7. und 8. Mai 1925 wurde in den gesamten Eisenbahnerbetrieben die Betriebsratswahl vorgenommen. Es wäre ja natürlich ein Wunder, wenn da nicht die deutsch-völkische Freiwirtschaftspartei — welche vornehmer Name — sich auf ihre Kräfteverhältnisse besinnen würde. Es gilt nämlich den Rest der Eisenbahnerbetriebe nach der Besetzung der Eisenbahnerbetriebe zu retten. Eine vornehmer Kampfweise ist man ja von dieser Sorte Menschen nicht gewohnt. Aber das Flugblatt der völkischen Liste ist ja ein Gemeinheits- und Verleumdungsblatt zu retten. Eine vornehmer Kampfweise ist man ja von dieser Sorte Menschen nicht gewohnt. Aber das Flugblatt der völkischen Liste ist ja ein Gemeinheits- und Verleumdungsblatt zu retten.

dem Fuß den Boden aus. Als bereits Abgebauter lehte ich, dennoch voraus, daß der Inhalt des Flugblattes allen Bediensteten des G. A. W. 2. Weltkrieg bekannt ist und begnüge mich nur damit, den Inhalt des Flugblattes ein bißchen unter die Lupe zu nehmen. Selbstverständlich ist das Flugblatt der Völkischen nicht etwa von den Kandidaten ihrer Liste aufgestellt, denn dazu sind sie ja dumme. Wie kann man z. B. von dem Franzosenbezwinger Joseph Intelligenz verlangen, wenn er den ganzen Tag im Werk herumfährt und nicht laut genug schreien kann, was der Betriebsrat für ein Lump ist. Mein die Fäden laufen ganz wo anders zusammen, nämlich in einem Zimmer des Verwaltungsgebäudes. Ich will die Antwort auf das völkische Westmangel getrennt nach ihren einzelnen Fragen geben.

1. Wer ist Schuld, daß die Betriebsräte heute eine so lächerliche Rolle spielen?
Antwort: Die Unorganisierten, die bei jeder Gelegenheit dem Betriebsrat in den Rücken fallen. Traurige Kerle sind doch die Völkischen, die den Wert der Betriebsräte und Gewerkschaften noch nicht erfasst haben. Oder sind die Forderungen nach Lohn-erhöhung oder Achtstundentag vielleicht unvernünftig?
2. Warum gingen bisher alle Streiks verloren?
Antwort: Weil die Schwarz-weiß-toten kein Solidaritätsgesühl kennen und nicht mitgestreift haben, aber dafür haben sie Streikbrecherdienste geleistet. Man denke an die Technische Reichsanstalt.
3. Hat Euch schon eine Gewerkschaft etwas genützt?
Antwort: Kann darauf nicht geantwortet werden, da die völkischen Fragesteller scheinbar seit 1918 geschlafen haben, sonst müßten sie doch die Ergebnisse der vielen Wohnkämpfe wissen, oder glauben die Völkischen vielleicht, daß die Unternehmer etwas umsonst hergeben? Oder hat vielleicht der völkische Betriebsrat Milde etwas den Bediensteten des G. A. W. 2 genützt?
4. Wie liegen denn die hiesigen Verhältnisse mit den Kartoffeln?
Antwort: Meines Erachtens wurde der Betriebsrat zur Anschaffung der Kartoffeln gedrängt und wenn die Kartoffelreste bereits verkauft sind, dann kann doch nicht der Betriebsrat etwas dafür, sondern der liebe Gott, der sie hat verkaufen lassen.
5. Wie ist das Geld verwaltet worden?
Antwort: Beim G. A. W. 2 gut, denn dafür hat auch der Kamerad Lepioz, der heute auf einmal sein deutsch-völkisches Herz entdeckt hat, mitgewirtschaftet. Jeill und noch einmal Jeill!
6. Wie steht es denn mit dem Abbau?
Antwort: Es war von den Völkischen und ihren Hintermännern unklug, diese Frage anzuschneiden. Nicht die

Schreibergärten- und Blumenopffelder sind abgebaut worden, sondern verarbeitete Sozialdemokraten und Kommunisten mit Kindern, z. B. Anger, Kallus, Vanger usw. während Völkische und Deutschnationale nicht abgebaut sondern zum Bahnschutz kommandiert wurden. Und noch etwas den völkischen Fragestellern. Möge die Verwaltung ihre Bediensteten anständig bezahlen, dann werden sie es nicht notwendig haben, ihre Frauen einen Erwerb ausüben zu lassen. Wenn alle Bediensteten Bahnschutzgelber oder Prämien besäßen, würden brauchen ihre Frauen keinen Neben-erwerb auszuüben. Aber eine Frage stelle ich an Euch, Ihr Ludendorff-Jünger:

Worin besteht das Verbrechen der roten Verbrecher? Darin, daß sie das unterdrückte und geknechtete Volk aufrechten wollen, ihm bessere Lebensbedingungen schaffen wollen. Und worin besteht das Verbrechen der Schwarz-weiß-roten Verbrecher? Darin, daß sie ein ganzes Volk ohne Grund in das Unglück gestürzt haben, daß sie Millionen von Kriegskriegeln auf den Gewisseln haben. Die zwei Völkischen aber, die im G. A. W. 2 in den Betriebsrat gewählt worden sind, haben ja jetzt Gelegenheit, das, was sie im Flugblatt gerügt haben, besser zu machen. Des „Kamerad“ Joseph wird die Sache schon machen. Bis dahin Heill Heill Heill!

Eisenbahner-Betriebsratswahlen Ein voller Erfolg der SPD.

Oberschlesien.

Trotz der planmäßig vorgenommenen Säuberung aller ober-schlesischen Eisenbahnbetriebe sind die jetzt vorgenommenen Wahlen ein Sieg der SPD. auf ganzer Linie. Heute liegen folgende Ergebnisse vor:
Hauptwerkstatt Opper:
7 Gewerkschaftliche Einheitsliste (SPD).
1 Deutscher Eisenbahner-Verband.
2 Allgemeiner Eisenbahner-Verband.
1 Gewerkschaftsbund Deutscher Eisenbahner.
Wagenwerkstatt Opper:
7 Opposition (SPD).
2 Deutscher Eisenbahner-Verband.
1 Allgemeiner Eisenbahner-Verband.
2 Gewerkschaftsbund Deutscher Eisenbahner.
Weiter wird uns soeben mitgeteilt, daß von 12 gewählten Betriebsratsmitgliedern 10 Genossen sind.

Betrieb und Werkstatt

Zarischbruch durch die Unternehmer

(Von unserem Betriebsberichterstattter.)
Am 11. Mai trat die Materialabteilung der oben genannten Fabrik in den Streik. Die Ursache hierzu ist ein Zarischbruch der Unternehmer. Am 16. März wurde ein Schiedspruch gefällt, wonach eine Lohn-erhöhung nicht nur im Durchschnitt, sondern auch für jedes Einzelstück zu zahlen war. Der vorgesehene Durchschnittsverdienst wurde erreicht. Die erhöhte Entlohnung für das Einzelstück verteidigte die Unternehmer bis zur Stunde hartnäckig. Die Folge dieser Unverschämtheit ist der ausgebrochene Streik.
Der durchschnittliche Wochenverdienst der männlichen Arbeiter in der Materialabteilung beträgt 15—35 M. Die Frauen verdienen in der Woche 5—15 M.
Die Unternehmer planen, einen Teil der Streikenden nicht mehr zu beschäftigen, um auf diese Weise den Betrieb rentabler zu machen.

Opfer der SPD-Politik

(Von unserem Betriebsberichterstattter.)
Häufigsteiner Graben, Altwaßer.
Wie weit der Himmel der Demokratie in den Köpfen der Arbeiterchaft spukt, zeigt folgender Fall.
Auf den Fährten einer Gruben sollte eine Förderbechtel gemacht werden. Auf dem Fährten lag der Genosse K i n i s c h e r, ob die Belegschaft bei der heutigen Lage die Schicht machen sollte. Die anwesenden Kumpels lehnten die Schicht ab. Während der Arbeit verließen die Beamten, die Arbeiter dafür einzuzahlen, um dem Genossen einen Strich zu drehen. Hier sei kurz gesagt: einem Kommunisten wie Genossen K. dreht man nicht so leicht einen Strich. Leute aber, die zu jedem Frühlings drei bis vier Kommunisten fressen möchten, waren nicht imstande, dem Beamten die richtige Antwort zu geben, und so wurde die Schicht gemacht. Wenn man die SPD-er fragt, warum sie sich nicht gewehrt haben, lagten sie prompt: Wir sind Republikaner und fügen uns der Mehrheit. So war es auch am 1. Mai. Leute, die sich brüsten, 25 Jahre und noch länger in der Bewegung zu stehen, fanden, trotzdem der Urlaub gewährt wurde, nicht den Mut, sich beim Beamten Urlaub zu holen. Wenn man bedenkt, daß während dieser Zeit Lohn-erhöhungen schwebten, dann muß man sich an den Kopf greifen, wie alte SPD-er solche Antworten geben. Wie immer schiebt man dann den Unorganisierten die Schuld in die Schuhe. Hier aber konnte man feststellen, daß Unorganisierte die Schicht nicht machen und auch den 1. Mai feierten. Wie die großen Kanonen im Reichs- und Landtag, so auch die kleinen im Betriebe. Vielleicht ist das auch ein Akt „Völkischgemeinschaft“. Alles in allem, macht nur so weiter, und die tote SPD wird in Waldenburg trotz „Dank Paulchen“ der Arbeiterschaft zeigen, wo die Betrüger sitzen. Den Unorganisierten sagen wir: Hinsetz in die Gewerkschaften und helfe uns, sie von solchen Elementen zu reinigen, da gibt es viel, viel Arbeit. Und lest auch die kommunistische Zeitung.

Die Völkisierung unserer Betriebszellen

(Fortsetzung.)
Es ist also unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die Führer der Betriebsräte aus Kommunisten, also aus Berufs-revolutionären bestehen. Der Betriebsrat ist ebenso wie die Gewerkschaft eine der glatten Stellen, auf denen schon sehr viele Kommunisten ausgerichtet sind. Die Betriebsräte müssen zuvor gewarnt sein, auf dem rauhen Boden des Klassenkampfes zu gehen, wenn sie auf der abschüssigen Fläche des Betriebsrats immer nicht sitzen wollen. Sie müssen der festen Kontrolle der Zellen unterworfen werden. Es besteht auch eine entgegengesetzte Tendenz, die den kommunistischen Betriebsrat der Zelle über-obdenen will.
Da aber heute unsere Zellen noch unerfahren und unsere Betriebsräte in allen möglichen Rissen und Schichten höchst erfahren sind, über sie in manchen Fällen den herrschenden Einfluß aus. Nicht die Zelle kontrolliert sie, sondern sie kontrollieren die Politik der Zelle. Ein solcher Zustand ist das Gegen-satz vom Volkswissen. Die Kommunisten in den Betriebsräten und Gewerkschaften haben keinerlei schließliche politische Rechte in der Partei. Sie haben lediglich die Möglichkeit, die Partei zu beeinflussen.

Parteiorgane durchzuführen. Das zuständige Parteiorgan im Betrieb ist unser Grundorgan, die Betriebszelle. Sie hat im Einklang mit den Parteibeschlüssen über das Verhalten des Betriebsrats in jedem einzelnen Falle zu entscheiden. Ihre Kontrolle und Disziplin untersteht der Betriebsrat uneingeschränkt. Aus diesem Grunde ist es z. B. nicht zulässig, daß ein Betriebsrat zugleich Zellenvorsitzender ist. Seine Funktion als ausführendes Organ der Zelle soll nicht durch die Funktion der obersten Leitung der Zelle vertrieben werden (einfaches Mitglied der Zellenleitung kann ein kommunistischer Betriebsrat natürlich, ohne weiteres sein). Die Zelle muß eine strenge Auswahl der Personen treffen, die sie als Vertreter der kommunistischen Partei in den Betriebsrat senden; bei der Aufstellung der Kandidatenlisten für die Betriebsratswahlen ist eine genaue und sorgfältige Prüfung jedes Wahlkandidaten durch die gesamte Zelle notwendig. Die Betriebszelle darf ihre Kontrollpflicht nicht nachlässig ausüben; sie muß die Tätigkeit der kommunistischen Betriebsräte fortlaufend leiten und prüfen, um bei jedem Fehler sofort eingreifen zu können. Die kommunistischen Betriebsräte müssen vor jeder Betriebsratsitzung mit dem Zellenleiter eine Besprechung haben. Nur so wird es uns gelingen, nicht nur die Sozialdemokraten aus den Betriebsräten zu verdrängen, sondern auch an ihre Stelle wirkliche Kommunisten zu setzen, die niemals vor den Unternehmern „umfallen“ oder im Streik verlagern.
Eine scharfe Waffe unserer Massentaktik im Betrieb bilden die Zellenleitungen, über die wir noch im Zusammenhang mit der gesamten kommunistischen Presse sprechen werden.

Als Verhüt und Organisatorin der ganzen Klasse vertritt die Zelle auch die organisierte Rolle der bolschewistischen Partei. Im Kampf gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des Unternehmertums und der Polizei muß sie selbst zu einer unzerstörbaren Organisation werden. Ihre Lösung muß sein: „Fabrikmäßige Arbeit in der Fabrik selbst!“ Unter den Mit-

Betriebszellen! Wie steht die Rote Front in den Betrieben gegen die Hindenburg-Reaktion? Berichtet darüber! Schreibt uns sofort!

gliedern der Zelle muß eine genaue Arbeitsteilung durchgeführt werden. Die Zellenleitung muß jedem Genossen bestimmte Aufgaben erteilen, deren Ausführung von ihr kontrolliert wird. Sie muß in ihrer eigenen Mitte eine strenge Kontrollinstanz vornehmen. Es geht nicht an, daß alle alles machen. Für jede Parteifunktion im Betriebe muß ein bestimmter Genosse verantwortlich gemacht werden. Die Zellenleitung bestimmt ihren Vorkämpfer (Zellenobmann), den Dirigenten (der bei kleineren Zellen zugleich der Stellvertreter des Obmanns und auch Kaffierer sein kann), den Leiter der M- und N-Arbeit, den Leiter der Gewerkschaftsarbeit, den kommunistischen Betriebsrat usw. Je größer die Zelle ist, desto mehr Ressorts werden innerhalb der Leitung geschaffen: Agitations-, Berichterstattung, Redaktion der Zellenleitung, Jugend, Frauen usw. Aber auch bei der kleinsten Zelle müssen alle diese Funktionen, auch wenn für sie kein besonderes Ressort in der Zelle geschaffen werden kann, von den Zellenmitgliedern selbst erfüllt werden. Je größer die Zelle, desto weitgehender ihre Arbeitsteilung. In den größten Betrieben teilt sich die Zelle selbst in verschiedene Abteilungs- und Werkstättenzellen. Unter allen Umständen muß die Zelle in jedem Teil des Betriebes ihre verantwortlichen Abteilungs-, Werkstätten- oder Blockzellen haben.
Die Zelle führt als Grundorgan der Partei kein isoliertes Eigenleben, sondern muß mit dem Körper der Gesamtpartei organisch verbunden sein. Die Zellenleitung hat die wichtigste Aufgabe, die enge Zusammenhänge der Zellenorganisation mit der Parteileitung des betreffenden Ortes oder Strikts zu wahren. Jede kommunistische Ortsleitung ist verpflichtet, alle Bereiche ihres Bereichs systematisch zu bearbeiten und politisch zu leiten. Diese Pflicht kann sie nur dann erfüllen, wenn sie sich auf ein Netz zuverlässiger kommunistischer Zellenobleute in den wichtigsten Betrieben stützt.

Der Zentralausschuß der KPD.

1. Tag des Zentralausschusses

Die Sitzung wurde mit einem ehrenvollen Nachruf für die verstorbenen Genossen Karski, Friedel Meumann und Hans Urban eröffnet. Nach der Begrüßung der Vertreter der Bruderparteien erhielt das Wort der

Vertreter des Exekutiv-Komitees:

Die KPD befindet sich in einer außergewöhnlich schwierigen Situation. Sie ist gezwungen, gegen den Strom zu schwimmen. Die Exekutive vertritt gleichzeitig mit großem Interesse die Diskussion über die Kampfstrategie gegen den Monarchismus. Die Internationale ist durchaus einverstanden mit der Politik, die die Zentrale in Deutschland in dieser Hinsicht betreibt. Die Vertreter der Exekutive sprechen über die Preußenfrage und fassen aus, daß die kommunistische Internationale der Meinung ist, daß unter gewissen Bedingungen, unter denen eine Entlassung und eine Zerlegung der Bourgeoisie erreicht werden kann, es zweckmäßig ist, sich der Stimme zu enthalten. Das habe mit Opportunismus oder gar Koalitionspolitik absolut nichts zu tun.

Die Wahl Hindenburgs dürfte nicht nur vom deutschen Standpunkt aus betrachtet werden. Hindenburg ist ein Vorposten des englisch-amerikanischen Kapitals, eines reaktionären Angriffs auf Sowjetrußland. Der Kampf gegen Hindenburg ist zugleich ein Unterstützungskampf gegen Rußland.

Zum Schluß begrüßt der Vertreter der Komintern, daß die Zentrale Beschlüsse vorzulegen habe, die nach ihrer Durchführung auch den heute noch Schwankenden beweisen werden, daß die KPD auf dem richtigen Wege zur Eroberung der Massen ist.

Die Tagung wird außerdem begrüßt von Vertretern der französischen, tschechoslowakischen, schwedischen und österreichischen Partei.

Die Tagesordnung hat nur einen Punkt: Referat über die Sitzung der erweiterten Exekutive, politische Lage, Aufgaben und Taktik der Partei.

Das Referat hält ein

Vertreter der Zentrale.

Der Redner geht zunächst auf die Ergebnisse der Tagung der erweiterten Exekutive ein.

Die dort angenommenen Thesen über die Bolschewisierung bringen die Notwendigkeit zum Ausdruck, den unermüdlichen Kampf gegen alle Abweichungen vom Leninismus zu führen.

Die Thesen über die Bolschewisierung, die die theoretischen und praktischen Grundlagen unserer Arbeit umreißen, sind für die Partei ein notwendiges Rüstzeug, um die Funktionäre im wirklich bolschewistischen Sinne zu erziehen.

Neben diesen theoretischen Fragen stand auf der Sitzung der erweiterten Exekutive die Frage des Kampfes gegen die reaktionären Tendenzen, die gerade in einer Situation, in der die reaktionäre Welle steigt, sich besonders bemerkbar machen. Beim Kampf gegen den Brandlerismus muß man sich vollständig klar sein, daß zwischen der Lage des Jahres 1923 und 1925 ein Unterschied besteht. Bis 1923 hatten wir eine akute revolutionäre Situation, und damit stand die Machtergreifung als unmittelbare Aufgabe auf der Tagesordnung. 1925 ist das nicht mehr der Fall. Nichts war brandleristischer als die Thesen im November 1923, daß man, weil die Arbeiterklasse geschlagen sei, nur noch um Endziele kämpfen könne. Die Taktik Brandlers bestand vor 1923 darin, daß die KPD nicht etwa ein großer Feind ist, den man mit List und Arglist, mit allen Methoden schlagen muß, sondern ein großer Bruder, der sich ins Lager der Bourgeoisie verirrt hat, und den man zurückgewinnen muß. Das ist eine vollständige Verkennung der Rolle der KPD. Diese Auffassung führte weiter zu der Vorstellung vom westeuropäischen Wege zur Macht im Rahmen der Weimarer Verfassung, der Zeitungs-Regierung als Weg zur Macht, wie es festgelegt ist in den Beschlüssen des Leipziger Parteitag.

Die Situation in Deutschland

Wie ist die allgemeine Situation in Deutschland in bezug auf die Kräfte der Arbeiterklasse und in bezug auf die Kräfte der Bourgeoisie? Die Exekutive stellte fest, daß die Lage in Deutschland nicht akut revolutionär, daß aber die Situation im Weltmaßstab und damit auch in Deutschland, objektiv revolutionär bleibt. Der wichtigste und positivste Faktor für die revolutionäre Lage ist die Krisen-, Sowjetrußlands. Als zweiter Faktor haben wir in Rechnung zu stellen die wachsenden Gegensätze zwischen den imperialistischen Ländern. Als dritter Faktor ist anzusehen das Schwächen der Kolonialmächte. Der vierte Faktor ist das verstärkte Selbstbewußtsein der Arbeiter und vor allem die Tatsache des Bestehens kommunistischer Parteien. So schwierig die Situation auch für uns in Deutschland ist, und so schwach unsere Bewegung im Verhältnis zu der gesamten Arbeiterklasse noch sein mag, so sind wir doch nicht aktionsunfähig. Zwar können wir heute noch nicht die Machfrage stellen, aber wir haben eine Periode von Festsetzung hohler Klassenkämpfen vor uns, wo die Arbeiterschaft unter unserer Führung eine aktive Rolle spielen kann, wo sie handlungsfähig wird, um die revolutionären Kräfte zu entwickeln, die Revolution zu organisieren und vorzubereiten. Die entscheidende Frage ist für uns jetzt, soll die von uns erhaltene Arbeiterschaft und ihre kommunistische Partei zum Zerschlagen zurückgeführt sein, oder soll sie als aktiver revolutionärer Faktor auftreten.

Die Restauration der Bourgeoisie

Die Hindenburg-Wahlen sind ein bestimmter Ausdruck der Restauration der deutschen Bourgeoisie. Diese Wiederaufrichtung der politischen und wirtschaftlichen Macht begann nicht etwa im Oktober 1923 oder beim Dawes-Plan und hat ihr Ziel erreicht bei der Hindenburg-Wahl, sondern sie begann in Wirklichkeit im Dezember 1918 in dem Augenblick, als die Revolution nicht weiter ging zu einer proletarischen. Aber die Restauration erreichte einen Höhepunkt in der Hindenburg-Wahl. Sie ist noch nicht vollendet und wird weiter gehen über die Wahl hinaus und wird noch neuen Formen annehmen. Bei der Betrachtung der Situation in Deutschland müssen wir vom Dawes-Plan ausgehen. Die Bourgeoisie muß, um nach innen ihren Einfluß zu erhalten, ihre Machtmittel gegen das Proletariat zu verteidigen. Das heißt sie muß in der Form mehr, als die Reichsregierung ist, sondern sie hat Hindenburg wählen lassen, um auf diesem Wege, ohne eine ausgesprochene Militärdiktatur, die absolute Macht gegen das Proletariat anzukämpfen. Die Durchführung des Dawes-Planes für die deutsche Bourgeoisie dürfte kein Abwenden mit dem Proletariat, wie die Weltöffentlichkeit noch glaubt, sondern die deutsche Bourgeoisie wird versuchen, diese Punkte zu erfüllen durch Teilnahme an der Aufhebung der Welt. Heute vermag sie das noch nicht als selbständige Operation, sondern nur als Teil einer internationalen Operation zu betrachten.

ischen Imperialismus im künftigen Kampf gegen den Bolschewismus ein guter Kampfgenosse sein wird.

Die monarchistischen Tendenzen und der „Volksblock“

Die Republik war dem deutschen Kapitalismus aufgezwungen durch eine Lage, bei der er seine Herrschaft erschüttern sah. Die demokratische Republik war nicht nach dem Willen der deutschen Bourgeoisie. Man hatte diese Republik vorgeschoben, um nicht die schlimmere Sturmflut der Revolution zu erleben. Diese bürgerliche Republik mit allen ihren Schwächen ist der deutschen Bourgeoisie das Zeichen ihrer Niederlage, ihres Zitterns am 9. November. Und die deutsche Bourgeoisie wird sich erst dann wieder stark fühlen, wenn sie diese Republik verfassungsmäßig abgeschafft hat zugunsten einer Monarchie, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Gefahr des 9. November 1918 endgültig gebannt ist. Das sind die monarchistischen Tendenzen. Damit ist nicht gesagt, daß die Tendenzen zur völligen Auflösung kommen, d. h. daß die Aufrichtung der Monarchie absolut sicher ist. Es gibt Gegen Tendenzen, die wir auszunutzen und zur Sammlung der Massen zu steigern haben. Damit kommen wir zu einer weiteren Frage: Was bedeutet der „Volksblock“ für uns und ist er erledigt? Der „Volksblock“ hatte die Aufgabe, die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum im Wahlkampf einzuspannen und in Scheinopposition gegen das Finanzkapital zu verbinden. Der Volksblock ist zwar unterlegen, weil das Finanzkapital stärkere Verbündete herangezogen hat, aber man muß doch feststellen, daß der Volksblock breitere Massen für den schwarz-rot-goldenen Schwanz eingefangen hat. Manche sagen, es war nur eine Wahlbewegung. Wenn 13 Millionen Arbeiter, Kleinbürger und Kleinbauern für Marx, gegen den z. B. alle freibürgerlichen Argumente sprachen, ihre Stimmen abgegeben, so ist das eine Massenbewegung. Obwohl der Volksblock geschlagen ist, obwohl er viele Ueberläufer zu den Monarchisten feststellen muß, wäre es doch falsch, zu behaupten, der Volksblock sei erledigt.

Unsere Aufgaben

Welche Möglichkeit haben wir, um den Proletariern den schwarz-rot-goldenen Nebel von den Augen fortzunehmen und das verdunkelte Klassenbewußtsein zu erhellen? Unsere Aufgabe muß darin bestehen, diesen Volksblock zu zerstückeln. Können wir, um das zu erreichen, Manöver machen, Entlassungsmethoden anwenden, Angebote und Kompromisse vor-

„Berg-Echo“

Im Verlag der Schlesißen Verlags-Gesellschaft erscheint ab 2. Juni das „Berg-Echo“, Organ der KPD für die Kreise Waldenburg, Neutode, Landeshut, Schweidnitz, Striegau, Wollenhain und Culenberge.

Es ist selbstverständlich, daß in den Seiten des „Berg-Echo“ den lokalen Vorkommnissen bedeutend mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden kann, da das Verbreitungsgebiet des „Berg-Echo“ nicht so ausgedehnt sein wird, wie das der „Schlesißen Arbeiter-Zeitung“.

Es hängt von der unermüdlichen Arbeit der Genossen ab, ob das „Berg-Echo“ den erhofften Aufschwung nehmen wird. Jetzt heißt es:

Non heute an und immerfort für das „Berg-Echo“ werben! Unermüdlich neue Leser gewinnen!

Die Geschäftskreise zum Interieren auffordern!

Berichte schreiben! Jeder Arbeiter, jeder Genosse ist Mitarbeiter!

*

Im Waldenburger Industriegebiet nimmt die Werbekampagne für das „Berg-Echo“ folgenden Verlauf:

11. bis 17. Mai: Funktionär- und Mitgliedererhebungen in allen Orten.
18. bis 23. Mai: Verwendung des zur Verteilung gelangenden Werbematerials.
24. Mai: Der erste Großwerbetag.
25. bis 30. Mai: Fortsetzung der Hausagitation.
31. Mai bis 6. Juni: Pause.
7. Juni: Zweiter Großwerbetag.
8. bis 13. Juni: Fortsetzung der Hausagitation.
14. Juni: Dritter Großwerbetag.

Die Waldenburger Genossen treten zweimal auf den Plan: Einmal vor dem Erscheinen des „Berg-Echo“, in der Woche vom 24. bis 30. Mai. Und einmal nach dem Erscheinen des „Berg-Echo“ in der Woche vom 7. bis 14. Juni. Die anderen Unterbezirke, Arbeitsgebiete und Ortsgruppen haben den Waldenburger Plan zu dem ihrigen zu machen, damit die Werbekampagne einheitlich geleitet und vollzogen werden kann.

Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß an den anderen Tagen und hauptsächlich im Betrieb jeder Genosse unermüdlich für das „Berg-Echo“ werben muß und wird.

In den Ortsgruppen, für die das „Berg-Echo“ in Frage kommt, ist die Werbearbeit als die wichtigste Parteiarbeit zu betrachten. Die russischen Genossen bezeichnen solch eine wichtige vor allen anderen stehende Parteiarbeit mit dem Ausdruck „udarnij“.

Genossen, vollziehen wir die Werbekampagne für das „Berg-Echo“ als eine „udarnij“ Parteiarbeit!

Der Erfolg mit dem „Berg-Echo“ wird weitere Erfolge für den kommunistischen Gedanken in Waldenburg und in Schlesißen nach sich ziehen.

*

Der Waldenburger Vertreter der Redaktion und Geschäftsleitung unserer Zeitung ist werktags von 4 bis 7 Uhr nachmittags zu sprechen.

schlagen? Ist das zulässig? Sollen wir einen Riß in der Bourgeoisie ausnützen oder nicht? Lenin hat uns gelehrt, daß zum Kampf gegen die Bourgeoisie notwendig ist, erstens die Existenz einer proletarischen Partei, zweitens die Unterstützung durch eine Massenbewegung, und drittens die Verwirrung und Unruhe im Lager der Gegner.

Die Genossen aus den Betrieben verlangen von uns, daß wir ihnen Mittel und Methoden geben, um den Gegnern ihre verlogenen Argumente gegen uns besser aus der Hand schlagen zu können. Ich möchte die ganze Politik unserer Partei in folgende Formel bringen: Brandler wollte einen großen Bruder gewinnen, wir jedoch wollen lernen, einen großen Feind zu schlagen. Wir müssen lernen, die anderen ins Unrecht zu setzen und selbst im Recht zu sein.

Dabei kommt es doch darauf an, die Masse im Bürgertum auszunutzen. Wenn die demokratische Republik die Methode ist, mit der die Bourgeoisie sich drapiert, dann muß man gegen eine linke Regierung alle Kräfte mobilisieren. Wenn jedoch die Sozialdemokraten in der Opposition sind, dann muß man diese Scheinopposition unumgänglich machen.

Unsere Taktik bei der Präsidentenwahl

Unser taktisches Vorgehen bei der Präsidentenwahl war nicht so, daß wir unsere Politik den Massen völlig klar gemacht haben. Selbstverständlich mußten wir einen Arbeiterkandidaten aufstellen. Die rasche Aufstellung der Kandidatur Schälmann warung die KPD, Braun aufzustellen. Nach 14 Tagen frähtiger Agitation hätten wir an den WOB herantreten sollen und erklären müssen: Wir sind bereit, unsern Kandidaten im 2. Wahlgang zurückzugeben, wenn sich der andere Kandidat verpflichtet, für die Auflösung der Reichswehr, die Amnestie, den Achtstundentag und Sturz der Luther-Regierung. Darüber hinaus hätten wir noch erklären können, es besteht eine Mehrheit im Reichstag vom Zentrum bis zu den Kommunisten, die derartige Forderungen beschließen kann. Was wäre dann in der KPD passiert? Es wäre eine große Verwirrung entstanden. Viele KPD-Arbeiter hätten erklärt: Man muß mit den Kommunisten zusammengehen und nicht mit dem Zentrum, und wir hätten dann eine günstige politische Plattform gehabt, um unsere eigene Kandidatur zu rechtfertigen. Wie anders ständen wir dann nach der Wahl Hindenburgs da? Das Nachgeben der Zentrale gegenüber einzelnen Parteiarbeitern, die das nicht verstehen wollten, hat uns geschadet. Man sollte eines nicht verpassen: Die deutschen Kommunisten haben Sympathien in allen Ländern, bei den links gestimmten Arbeitern in England, in Österreich, in Polen. Diese Arbeiter best man jetzt gegen die Komintern, indem man sagt, die Kommunisten haben den Monarchisten zur Macht verholfen. Auch denen haben wir unter Verhältnissen nicht verständlich gemacht.

Eine weitere Frage: Hätten wir die Wahl Hindenburgs vermeiden können? Im Zusammenhang hiermit ist vielfach die Frage der Wahlenthaltung aufgeworfen. Das war eine Ausflucht, weil man nicht wußte, was man tun sollte, um nicht als Verbündete der Reaktion dazuzählen. Natürlich hätten wir die Wahl Hindenburgs nicht verhindern können, denn Hindenburg ist der legale Sohn des 9. November. Hätten wir die KPD Taktik der KPD befolgt und die Lösung ausgegeben, für Marx zu stimmen, dann hätten unsere Anhänger nicht einmal gestimmt, denn nicht einmal die KPD konnte ihre schlesißen Mitglieder dazu bringen, für Marx zu stimmen, und ein Teil der Arbeiter hätte sich sofort zu Hindenburg gesüchtet. Das soll man immer wieder in den Fabriken erklären.

Die „Verbündeten der Reaktion“

Welches ist heute das Argument, das man uns in den Betrieben entgegenhält? Heute heißt es, die Kommunisten sind die „Verbündeten der Reaktion“. Wir haben nicht überall sofort verstanden, dieses Argument unserer Gegner aus dem Munde zu schlagen. Wir müssen alles daran setzen, um diese Arbeitererregung mit allen Mitteln zu zerlegen und zu zerlegen, weil die wahren Feinde und Verbündeten der Reaktion sind. Damit komme ich zur Frage des offenen Briefes. Von vornherein bedeutet: Wer dem Offenen Brief zustimmt, der muß auch die Taktik im Preussischen Landtag billigen. Denn im Offenen Brief steht nichts anderes als was im Landtag gebilligt wurde. Die kommunistische Partei kann um die Frage der Regierung nicht herum. Wir können in das Parlament nicht mit beschrankten Armen gehen. Das zu betonen ist um so notwendiger, als das spezifische Gewicht des Parlamentarismus heute ein anderes ist als 1923. Vor 1923 ging das Parlament bankrott. Es war ein hohles Nichts, das von der Masse nicht beachtet wurde. Heute sucht man die Arbeiterklasse zu betrogen und ihr in dauernden Wahlen das Gefühl der Miteinwirkung zu geben. Nur wenn man im Parlament mit der Masse verbunden, handelnd auftritt, und die Betrügereien der anderen entlarvt werden wir den Parlamentarismus gut ausnützen können. Ein kluge parlamentarische Taktik wird die Massenbewegung fördern und zum Teil mit aufwickeln.

Die Preußenfrage

Bergessen wir nicht, daß die Massen, die nicht von uns erfasst werden, in einer preussischen Koalitionsregierung etwas Besseres sehen als in einer deutschen nationalen Regierung. Insbesondere proletarische Schichten stehen noch im Lager des Gegners. Bei einer solchen Situation müssen wir alles tun, um unseren Feinden die Argumente aus der Hand zu schlagen. Dazu ist notwendig, rasch und gut zu reagieren, um der Arbeiterklasse zu zeigen, daß die KPD mit ihrem „Volksblock“ keinen Ausweg aus der Situation bietet. Unser Angebot in Preußen hat die Situation für uns wesentlich verbessert. Wir können heute ganz anders vor die Arbeiterschaft treten und über die Preußenfrage diskutieren.

Scheinbar bestehen große Schwierigkeiten in unseren Reihen, darüber, ob man ohne Bedingungen bei Stimmhaltung eine bürgerlich-republikanische Regierung gegen eine bürgerlich-monarchistische Regierung ermöglichen soll. Es ist unter gewissen Umständen richtig, eine Regierung der Schwarzrotgoldenen nicht zu stützen, um der Arbeiterschaft bezüglich zu machen, daß gerade eine solche Regierung keinen Damm bildet gegen die monarchistische Reaktion.

Die „Grenzen“ des Manöverierens

Man fragt uns: Wo sind die Grenzen eurer Politik? Sagt uns konkret, wie weit wollt ihr gehen. Bis hierher ist es ganz schön, aber was steht dahinter? Solche Fragen verraten einen wirklichen Opportunismus. Ueber Kompromisse und Manöver gibt es kein Schema. Man kann nicht eine Tabelle aller möglichen Manöver, die noch kommen werden, machen. Leninismus heißt nicht nur, den Leninismus in der Vergangenheit kopieren, sondern ihn praktisch anzuwenden auf die neuen Fragen der Gegenwart. Wo sind die Grenzen des Opportunismus? Es gibt kein Mittel gegen ihn, als unbedingt auf der Grundlage des Leninismus zu stehen und ihn anzuwenden. Man kann nicht sagen, organisatorisch gibt es noch die Ombudsman der KPD. Das Zusammengehen mit ihr ist die selbständige Organisation des Opportunismus. Die Genossen in Aufsicht sind ein hohes Beispiel. Wir sind noch sehr weit davon entfernt, das zu tun.

